



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der neue Band des österreichischen Generalstabswerkes.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der neue Band des österreichischen Generalstabswerkes.

Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866. 4. Bd. Wien 1869. Commission bei
Carl Gerold's Sohn.

Raum hat jemals ein Buch, noch bevor es im Handel erschien, einen ähnlichen Zeitungsturm hervorgerufen. Die Mittheilungen über den Inhalt, welche eine Wiener Zeitung nach den Aushängebogen machte, sind Veranlassung zu officiösen Erklärungen und zu einer Polemik geworden, welche an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Aber nicht der Scandal, den einige Stellen des Buches erregten, ist das Ernsthafte, sondern daß diese Stellen Symptom eines politischen Zustandes sind, der ehrliche Freunde und Gegner der kaiserlichen Regierung in gleicher Weise betroffen macht.

Der Band behandelt die Ereignisse des Krieges nach dem 3. Juli, bis zum Friedensschluß. Der militairische Bericht hat dieselben Vorzüge, die am vorhergehenden Bande zu rühmen waren. Zwar waren keine großen Zusammenstöße darzustellen. Ueber den Rückzug der kaiserlichen Armee erfahren wir einiges nicht gerade wichtige Detail; die Operationen des preussischen Heeres, Marsch der zweiten Armee gegen Olmütz und die Veränderung in Aufstellung derselben, die Gefahren der Rückzugslinie Olmütz-Wien sind sachgemäß gewürdigt, die Haltung dieses Berichtes so, wie sie dem Soldaten ziemt. Auch die Beschreibung der Treffen von Tobitschau und Blumenau überlassen wir bereitwillig der Kritik unserer Fachmänner; das erstere war ein Vorstoß, der preussischerseits mit unzureichenden Kräften unternommen wurde, das zweite ein strategisches Wagniß, über dessen Opportunität in den letzten Stunden der Feindseligkeiten man streiten kann. Das Gefecht selbst, von den Generalen Franzetti und Bose, aber auch durch das Corps Thun vortrefflich eingeleitet, war ein merkwürdiges Stück Feldarbeit, welches wegen Eintritt der Waffenruhe nicht zur letzten Entscheidung kam. Die militairischen Aussichten des Gefechts bei seinem Abbruch werden deshalb wahrscheinlich für alle Zeit ein Gegenstand der Controverse bleiben, denn die Preußen basiren ihre Wahrscheinlichkeitsrechnung auf das Kraftverhältniß der beiderseitigen Heere, wie es sich in allen vorhergehenden Gefechten documentirt hatte; die

Oestreicher lassen diesen Factor außer Rechnung, nehmen Kraft und Waffentüchtigkeit beider Heere als gleich an und erklären ihre Position bei Abbruch des Kampfes für stärker und aussichtsvoller. Sie haben nach unserer Meinung Unrecht, aber wir können ihnen ihren Standpunkt nicht verdenken. Die in den österreichischen Gefechtsplan eingezeichnete Aufstellung der kaiserlichen Bataillone wird man preussischerseits wohl nicht für richtig halten. Endlich nach einer andern Richtung zeigt dieser letzte Band noch einen Fortschritt gegen den früheren, er spricht mit mehr Haltung von dem eigenen commandirenden General, und scheint sogar bemüht, die Härte des früheren amtlichen Urtheils durch eine unbefangene Würdigung der Vergangenheit Benedek's vergessen zu machen.

Auf die Schilderung der militairischen Ereignisse folgt eine Darstellung der Friedensverhandlungen. Wir sind der Meinung, daß jede officiële militairische Darstellung eines Krieges vermeiden sollte, die Conflict, welche der kriegerischen Action vorhergehen, und die politischen Interessen, welche bei dem Friedensschluß thätig sind, mit irgend welcher Ausführlichkeit darzustellen. Den Politiker seines Staates mit der Feder zu vertreten, ist nicht Sache des Soldaten, seine amtliche Schrift soll ein Quellenwerk von dauerndem Werth sein, in allen militairischen Dingen darf der große Generalstab einer Armee beanspruchen, am besten unterrichtet zu sein, und Jedermann wird ihn gern als Fachautorität anerkennen. Wo aber der Soldat Ereignisse schildert, die er nicht gemacht hat, hört uns seine Autorität auf. Auch in dem schönen Werke des preussischen Generalstabes hätten wir die Einleitung kürzer und so vorsichtig gewünscht, wie die maßvoll gehaltene Uebersicht über die Verhandlungen vor dem Abschlusse des Friedens ist. Was aber das kaiserliche Bureauwerk uns von den Friedensverhandlungen erzählt, das ist so außerordentlich, daß es in Europa seit langer Zeit nicht seines Gleichen hat.

Zunächst ist ungehörig die tiefe und würdelose Gehässigkeit gegen Preußen, welche drei Jahre nach dem Kriege in einer officiellen Staatschrift zu Tage tritt. Die ergebene Artigkeit, mit welcher Frankreichs Vermittelung besprochen wird, und die höfliche Rücksicht, welche man Italien zu Theil werden läßt, machen die schlecht verhüllte Erbitterung, mit welcher man den Sieger betrachtet, um so auffälliger. Diese Gemüthsstimmung überrascht uns im Norden nicht und beunruhigt uns nicht, und soweit wir dabei an unsern Vortheil zu denken haben, lassen wir uns dieselbe mit Nichtachtung gefallen, denn sie ist an sich selbst ein Zeichen politischer Schwäche und ein Beweis, wie leicht in den maßgebenden Kreisen Oestreichs die Vorsicht und Sicherheit bei Behandlung großer Angelegenheiten verloren gehen.

Der Preuße wird deshalb auch nur ein abweisendes Lächeln für die Ungerechtigkeit haben, mit welcher das Verhalten der preussischen Diplomatie

während des Kriegs und beim Friedensschluß besprochen wird. Wir freuen uns aufrichtig, jenes vielbesprochene Usedom'sche Memoire v. 19. Juni an die italienische Regierung wieder abgedruckt zu finden. Denn jenes Schriftstück war eine zeitgemäße und verständige Mahnung Preußens an Italien, wer dasselbe auch verfaßt haben mag, und es ist dabei nur Eines höchlich zu bedauern, daß officiöse preußische Federn jemals dazu gebraucht wurden, das Memoire als ein nicht von Berlin autorisirtes Vorgehen des Grafen Usedom zu desavouiren. — Wenn ferner der österreichische Bericht dem Grafen Bismarck bei den Friedensverhandlungen Schroffheit gegen Oestreich vorwirft, so haben wir für ein Bedürfniß nach Gemüthlichkeit in solcher Situation kein Verständniß. Ein echter Wiener hätte als Steger dem besiegten Gegner die Hand gedrückt, die Backen geküßt und dazu das Doppelte von Kriegsgewinn und Schlesien als Zugabe gefordert. Bei uns war bis jetzt die Meinung, daß die preußische Politik beim Frieden gegen Oestreich eine ganz ungewöhnliche Rücksicht bewiesen und in ritterlicher Berücksichtigung der kaiserlichen Gefühle Alles aus dem Friedensvertrage entfernt gehalten habe, was als eine unnöthige Demüthigung des Nachbarstaats erscheinen konnte. Wenn endlich gar die österreichische Staatschrift sich zu der Behauptung versteigt, die Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten seien „strenge genommen“ durch den Prager Frieden ungültig geworden, weil sie vor demselben ohne Zuziehung Oestreichs abgeschlossen seien, so ist diese Behauptung allerdings nur eitle Phrase in der Schrift eines Staates, der selbst den Frieden schloß, ohne seine süddeutschen Verbündeten zu fragen, und der nicht abgeneigt gewesen war, für mögliche Verluste sich durch Landgebiet seiner eigenen Bundesgenossen schadlos zu halten. Aber diese Behauptung steht in einer officiellen Schrift des Kaiserstaats und dieser Umstand macht sie zu einer ernsthaften Thatsache. Die k. k. Regierung erörtert öffentlich die Ungültigkeit der Allianzverträge zwischen dem norddeutschen Bunde und den Südstaaten. Nach fast drei Friedensjahren bricht plötzlich wie ein Wetterstrahl aus heiterer Luft eine Auffassung hervor, welche die Grundlagen des bestehenden Friedenszustandes in Frage stellt. Ist das eine Drohung? Ist es eine unkluge Offenbarung stiller Hintergedanken? Oder gar nur eine gedankenarme Redensart, und haben die Staatsmänner Oestreichs trotzdem die Ansicht, ohne Strenge gelten zu lassen, was sie streng genommen nicht hindern können? Das friedliche Europa ist sehr berechtigt, darüber eine runde Erklärung zu fordern. Denn es scheint, daß jener Satz nicht zufällig in dem Buche steht. Zu gleicher Zeit mit dieser Aeußerung hat in der separatistischen Presse Süddeutschlands eine geräuschvolle Agitation gegen dieselben Allianzverträge begonnen, welche jetzt als Anechtschaft und finanzieller Ruin des Südens dargestellt werden. Wir freilich haben die Ansicht, daß diese Verträge vor Allem im Interesse der

Südstaaten abgeschlossen sind, um ihnen die letzte Garantie einer nationalen Existenz zu geben und ihr Deutschthum vor den Vergrößerungsplänen Oestreichs und Frankreichs zu schützen, denn für den norddeutschen Bund sind diese Verträge mehr eine Pflicht gegen unsere südlichen Landsleute, als ein Vortheil. Wenn sie die Wirkung haben, Reichenhall und Passau, die Umgegend des Bodensees und die bayerische Pfalz in deutschen Händen zu erhalten, so mag das der östreichischen Politik unbequem erscheinen, aber diese verfährt doch ungeschickt, wenn sie sich in ihrem Aerger darüber zu verdeckten Drohungen oder compromittirenden Behauptungen fortreißen läßt.

Das Alles wäre nur schwächlich und taktlos und ein Beweis, wie schwer den kaiserlichen Politikern wird, die Haltung eines Großstaates zu bewahren. Aber was noch zurück ist, das compromittirt die Geschäftsführung des Kaiserstaats in weit schlimmerer Weise. In dem Bestreben, die Ländersucht Preußens und dessen Illoyalität gegen den damaligen Bundesgenossen Italien zu erweisen, versagt sich die officiële Schrift nicht, eine Depesche des Grafen Bismarck an den preußischen Gesandten in Paris abzudrucken, welche die kaiserliche Regierung sich irgendwie auf geheimem Wege zu verschaffen gewußt hat, und zu deren Lectüre sie — denn die Depesche war in Chiffren geschrieben — den Schlüssel nur durch Bestechung erhalten haben kann. Da der erste Theil der Depesche durch einen anderen Schlüssel zu lösen war, gelang es in Wien nur die zweite Hälfte zu lesen. Und da diese Hälfte bei vollständigem Abdruck nicht die für Preußen nachtheilige Wirkung hervorgebracht hätte, welche man in Wien wünschte, so erschien der Inhalt der Depesche gefälscht, indem man den Satz ausließ, durch welchen der preußische Minister die Rücksicht auf den Bundesgenossen Italien gewahrt hatte. Und diese durch unrechtmäßige Aneignung, durch Bestechung und Diebstahl zugänglich gewordene, unvollständige und verstümmelte Depesche wird in einer officiellen militairischen Schrift der kaiserlichen Regierung veröffentlicht, und in tendenziöser Weise veröffentlicht, um mitten im Frieden dadurch dem Nachbarstaat eine Kränkung und Benachtheiligung herbeizuführen.

Es gibt wahrscheinlich keine Regierung in Europa, welche in einer Nothzeit, wo es sich um Tod und Leben ihres Staates handelt, nicht versuchen würde, durch List und Bestechung hinter die Geheimnisse des Feindes zu kommen. In dem Codex unserer politischen und militairischen Moral gilt herkömmlich solche Noththat für ein Unrecht, welches jeder Staatsmann und Feldherr auf sich nehmen muß. Aber in ganz Europa, die Türkei mit einbegriffen, gibt es zuverlässig sonst keine Regierung, welche der Scham und der Rücksicht auf politische Schicklichkeit so baar ist, daß sie solchen unbehaglichen Erwerb anders als zu den nächsten Zwecken des brennenden Kampfes benützt.

Als sich — es sind jetzt mehr als hundert Jahre her — ein Neß

feindlicher Allianzen über König Friedrich II. von Preußen zusammenzog, kam der König durch Bestechung in den Besitz diplomatischer Actenstücke und ließ dieselben veröffentlichen, um seine Nothlage vor Europa zu constatiren und die Schuld der Kriegseröffnung von sich ab auf seine Feinde zu werfen. Unzweifelhaft handelte der König unter dem Einfluß der stärksten Motive, welche einen Staatsmann bestimmen können; sein Staat war mit Vernichtung bedroht, und er hatte wohl Ursache, auch verzweifelte Mittel der Rettung zu suchen. Die Veröffentlichung der Actenstücke fand statt, als der Krieg begann, also in einer Zeit, wo jede diplomatische Rücksicht suspendirt wurde. Diese Veröffentlichung fand statt vor 113 Jahren, in einer Zeit, wo die politische Moral der Cabinette weit geringer war, wo die Regierung auch des freiesten und am meisten fortgeschrittenen Landes in Europa sich nur durch massenhafte Bestechung der reichsten und wohlhabendsten Gentlemen ihres eigenen Landes die Majorität im Parlament zu sichern mußte. Demungeachtet ist jener Eingriff des großen Königs in das sächsische Archiv bis zur Gegenwart die diplomatische Handlung seiner Regierung gewesen, welche die abfälligsten Urtheile der Gegner erfahren hat; sie regte nicht nur in einer Zeit, wo dergleichen Aneignung von jeder Regierung mit größter Unbefangenheit und Dreistigkeit geübt wurde, die heftigsten Vorwürfe gegen ihn auf, sie ist noch jetzt ein Lieblingsthema für Angriffe auf den Charakter des Königs. Was hatten die österreichischen Staatsmänner nöthig, uns daran zu erinnern, daß ihre Ansichten von politischer Redlichkeit und diplomatischer Sitte mehr als hundert Jahre hinter den Forderungen der Gegenwart zurückgeblieben sind?

Doch in Wahrheit, wir erweisen ihnen zu viel Ehre, wenn wir ihnen auch nur einen Augenblick gestatten, ihr Thun mit einer nicht vorwurfsfreien Handlung des großen Königs von Preußen zu vergleichen. Denn nicht in der Noth des Krieges, sondern lange nach geschlossenem Frieden, nach Wiedereintritt der officiellen freundschaftlichen Beziehungen zu ihrem Nachbar, lange nach Wiederherstellung des regelmäßigen diplomatischen Verkehrs haben sie ein Schriftstück abdrucken lassen, zu dessen Veröffentlichung sie keinerlei Recht hatten. Die Depesche war nicht für sie geschrieben, nicht an sie adressirt, sie ist fremdes Eigenthum, und was bei dem unberechtigten Abdruck eines discreten Privatbriefes als höchst ungentil verurtheilt, ja gerichtlich bestraft werden würde, das gilt vor einer Gesandteninstruction der Diplomatie der civilisirten Welt, deren Thätigkeit nur unter strengster Beobachtung würdiger Form und bei größter Discretion überhaupt möglich ist, für ein unerhörtes Thun. Und wie groß das Befremden des Publicums über diese Rücksichtslosigkeit war, weit strenger noch wird die Verurtheilung in der gesammten Diplomatie sein. Eine Regierung, bei welcher solche Tactlosigkeiten möglich sind, scheidet sich selbst aus der Reihe der Staaten aus,

mit denen ein sicherer diplomatischer Verkehr möglich ist. Wenn sie in der Verstimmung des Augenblicks im Stande ist, dergleichen Indiscretionen zu begehen und vertrauliche Schriftstücke zu publiciren, an welche sie gar kein Recht hat, welche Benutzung dürfen die Politiker eines anderen Staates von discreten Mittheilungen erwarten, welche der kaiserlichen Regierung selbst einmal gemacht worden sind? Selten ist die österreichische Politik seit der Thronbesteigung des Hauses Lothringen in der glücklichen Lage gewesen, durch die Größe und den Patriotismus ihrer Zielpunkte zu imponiren, aber sie hat durch viele Jahrzehnte wenigstens den Vorzug einer sichern Formgewandtheit behauptet und sie hat noch dadurch mehr als einmal eine Ueberlegenheit über andere Regierungen durchgesetzt. Jetzt ist auch dieser gute Schein verloren, und das klug drapirte Gewand, welches manche Blöße zu decken wußte, flattert zerrissen.

Endlich aber das Aergste. Die Depesche ist nicht einmal ehrlich abgedruckt, sie ist durch zweckvolles Auslassen eines Satzes gefälscht, und diese Fälschung soll den Lesern beweisen, daß Preußen bei den Friedensverhandlungen rücksichtslos gegen Italien verfahren sei. Eine unwahre Behauptung soll durch einen Betrug des Publicums erwiesen werden. Für ein solches Verfahren wissen wir in unserem Wörterbuche rücksichtsvoller Wendungen gar keine Bezeichnung zu finden. Wenn eine — sehr unglücklich abgefaßte — officiële Entschuldigung in einem Wiener Blatt ausspricht, über die Art und Weise, wie die Depesche in österreichische Hände und in das Archiv des Generalstabes gekommen sei, werde man keine Auskunft geben, so ist darauf zu bemerken, daß wir die se Auskunft gar nicht verlangen. Es verschlägt wenig, ob die österreichische oder ob die französische Regierung durch Geld, List, Verletzung des Telegraphengeheimnisses oder auf irgend eine andere unsaubere Weise in den Besitz der Depesche und des Schlüssels gelangt ist; wohl aber hat die öffentliche Meinung des civilisirten Europa ein Recht, zu fordern, daß die k. k. Regierung, wenn sie das vermag, sich wenigstens wegen der tendenziösen Verunstaltung dieser Depesche rechtfertigt, deren Veröffentlichung sie nicht beschönigen kann. Daß sie eine unerhörte Indiscretion begangen, ist doch schon arg genug; darüber, daß sie mit kaltem Vorbedacht unredlich gehandelt, kann ihr Verhör und Verdict nicht erspart werden. Und wenn jene officiële Erklärung am Schlusse zufügt, daß keine weitere Vertheidigung der k. k. Regierung zu erwarten sei, so gleicht solche Naivetät völlig dem Benehmen eines Mannes, der seinem Nachbar über den Zaun Schmähworte und Verleumdungen zuruft und deshalb vor Gericht gestellt die Ansicht ausspricht, er wolle mit der unangenehmen Sache nichts mehr zu thun haben.

Vergebens suchen wir bei diesem Vorfalle nach einem klugen Zweck. Zwar die arge Absicht ist klar genug, aber Gemüth, Bildung und Logik der

Urheber sind gewöhnlichem Urtheil nicht leicht verständlich. Wenn die preussischen Zeitungen behaupten, man habe dadurch die öffentliche Meinung in Oestreich und Süddeutschland gegen Preußen erbittern wollen, so mußte, wer jene Depesche unvollständig in das militairische Werk setzte, sich doch sagen, daß eine Rücksichtslosigkeit Preußens gegen Italien bei jenem Kriege ein großes Agitationsmittel gegenüber dem eigenen Volk und den Ultramontanen Deutschlands sei. Man wollte vielleicht die Stimmung Italiens aufreizen? Aber die Italiener gelten dafür, daß sie sehr lebhaftes Empfindung für gesellschaftlichen Unstand haben, und wenn sie durch ihre Zeitungen erfuhren, daß die Behauptung der östreichischen Staatschrift auf einer absichtlichen Täuschung des Publicums beruhe, so war doch die entgegengesetzte Wirkung, d. h. eine für die kaiserliche Regierung sehr un günstige Schlussfolgerung nicht aufzuhalten. Wir glauben nicht, daß ein Soldat von Urtheil den Abdruck veranlaßt hat, und wir glauben auch nicht, daß Graf Beust bei diesem Geschäft direct betheiltigt ist.

Wenn wir aber doch diesen Vorfall erklären sollen, so finden wir keine andere Deutung, als die harmloseste, wie sie ja auch jene officielle Vertheidigung ausspricht, und zugleich die traurigste von allen. Eine gewisse Stumpfsheit des Urtheils, eine kleine plumpe Schlaueit! Das Factum gilt in dem officiellen Oestreich gar nicht für ein erwähnenswerthes Unrecht; es ist dort — nach jener Vertheidigung — überhaupt nichts Besonderes und Auffallendes. Es ist dieselbe Geschichte, wie mit jener Gußstahlfanone, welche einst der König von Preußen dem Kaiser von Oestreich zum Geschenk gemacht hatte und welche während des Krieges 1866 in den Straßen Wiens dem Volke gezeigt wurde als eine den Preußen abgenommene Kriegsbeute. Und es ist eine ähnliche Geschichte, wie mit jenem nie geschriebenen Briefe des Königs von Preußen, jenem Briefe, welcher nachder Schlacht bei Solferino der östreichischen Staatsleitung die Ueberzeugung gab, daß man mit Frankreich und Italien Frieden schließen müsse, weil Preußen feindselig gegen Oestreich rüste, und welcher in denselben Tagen dem östreichischen Volke denunciirt wurde, in denen die preussischen Truppen, um Oestreich zu helfen, an den Rhein marschirten. Damals wollte man nachträglich von Seiten Oestreichs die Schuld eines „Mißverständnisses“ auf Frankreich wälzen, und wenn wir nicht irren, verschwand der peinliche Zwischenfall von der Tagesordnung erst mit dem Ausspruche König Wilhelm's: Kaiser Napoleon sei nicht der Mann, einen falschen Brief vorzulegen.

Wenn noch heute viele wackere Männer in Oestreich und Deutsche eines Mangels an freundlicher Gefinnung und warmer Theilnahme mit ihrem Schicksal zeihen und die schroffe Haltung des Nordens anklagen, so mögen sie aus diesem Vorfalle die Ueberzeugung gewinnen, daß nicht uns der gute Wille fehlt, ihnen die Freundeshand über die Grenze zu reichen, son-

dern daß uns Etwas, was von ihrer Seite herkommt, immer wieder abstößt, und das ist die eigenthümliche Auffassung des Lebens, der Rechte, Pflichten und Ansprüche, welche bei ihnen als Gemüthlichkeit umgeht.

Das Buch vom Grafen Bismarck.

Von George Hefekiel.*) Erste und zweite Abtheilung.

Es ist immerhin mißlich, Biographien noch lebender Personen zu schreiben; doppelt bedenklich wird die Sache, wenn die geschilderte Person noch in voller Action auf der Bühne steht. So lange der lebende Mann noch im raschen Laufe begriffen ist, kann man eben kein Bild von ihm machen, etwas Abgeschlossenes muß vorliegen, ein Stillstand eingetreten sein, ehe wir den Griffel ergreifen dürfen. Dieser Stillstand braucht nicht immer der leibliche Tod zu sein; ein Feldherr, ein Staatsmann, ein Künstler, der seine Hauptarbeit gethan hat, und zeitweise oder für immer von der Weltbühne abgetreten ist, mag sich wohl auch, wenn er noch als Lebender unter uns weilt, der geschichtlichen Betrachtung bieten.

Beinahe unmöglich wird aber die Arbeit, wenn das Object der Schilderung ein Staatsmann ist, der erst die Hälfte seiner Aufgabe erfüllt hat, der noch mitten unter uns steht, der dem Einen zu langsam, dem Andern zu schnell, einem weit hinaus gesteckten Ziele zuschreitet, dessen Name, je nach der Leidenschaft des Momentes und der Personen, von Dem gepriesen, von Jenem verwünscht wird. Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt eben noch sein Bild. Wir erhalten entweder einen leeren, werthlosen Panegyrikus, oder eine feindselige Parteischrift, allenfalls einen Abriss der Zeitgeschichte, in welcher aber die menschliche Erscheinung, Charakter und Inhalt der geschilderten Persönlichkeit eine unbefangene Würdigung nicht erhalten konnte. Gerade diese aber uns nahe zu bringen, den Menschen, nicht bloß den Staatsmann in volle Beleuchtung zu rücken, das ist es, was Herr Hefekiel beabsichtigt. Er geht noch einen Schritt weiter, er will ein sogenanntes Volksbuch schreiben. Das zeigt schon der schwarz-weiß-rothe Umschlag und die zahlreichen Illustrationen.

*) Der beifolgende Aufsatz ist von einem werthen Freund des Blattes aus der Ferne gesandt, welcher kein Preuze und ein warmer Verehrer des Grafen Bismarck ist, und nur durch die Lectüre des Buches zu der folgenden Kritik veranlaßt wurde. D. Red.